

„kompensatorischen Mischsysteme“ Deutschland und Neuseeland landet (S. 87). Das Parteiensystem wird mit seinen diachronen Konfliktlinien vorgestellt. Unter Christoph Blocher schossen 2007 die Finanzen der Schweizerischen Volkspartei in die Höhe – zuvor lagen die Sozialdemokratien jahrzehntelang vor Liberalen und Christdemokraten (S. 131). Während die Mitgliederzahlen der großen Parteien sich seit 2001 zu erholen scheinen, mobilisieren alle Parteien im Vergleich eine beständig kleine Wählerschar – demgegenüber rangiere Italien mit hohen Beteiligungsraten vor Deutschland (S. 135). Verbände in der Schweiz unterliegen einer starken Pluralisierung, ihr Einfluss schwindet.

Der Bundesrat folgt dem Kollegialprinzip, wobei Vatter eine Tendenz zu divergierenden Äußerungen etwa vom Jahr 2003 an ausmacht, die mit dem Namen Blocher verbunden ist (S. 225). Das stabile Departementalprinzip der Räte führe zu einer oft selektiven Problemwahrnehmung, verstärkt durch zuweilen falsche Anreize aufgrund des unterschiedlichen Interesses der Medienöffentlichkeit – nach dem Motto: Ist ein Thema sexy? Einen Weg vom Miliz- zum Halbberufsparlament, zugleich vom Rede- zum Arbeitsparlament hat der Schweizer Nationalrat hinter sich. In dem Haus trat die „unheilige Allianz“ von SPS und SVP selten ein, fand aber viel Beachtung, da sie wichtige Gesetzesvorhaben scheitern ließ (S. 273). Der Ständerat erfüllt eine mäßigende Aufgabe, die einer „föderal-konservativen Opposition gegen die liberal-radikale Mehrheit“ (S. 311), im Zweikammersystem unter anderem für den Schutz von Minderheitsansichten zuständig.

Berühmt-berüchtigt ist die Schweiz für ihre direkte Demokratie, eine gar nicht so alte Tradition: Seit 1874 besteht das fakultative Referendum, seit 1891 die Volksinitiative zur Partialrevision (1848 lediglich zur Totalrevision), seit 1949 zudem ein resolutives Referendum, das Bundesbeschlüsse nachträglich aufzuheben vermag. Die 2003 eingeführte allgemeine Volksinitiative wurde bereits 2009 wieder abgeschafft. Ein starkes Kapitel ist Vatters Einschätzung des Wirkens direkter, materieller Beteiligung auf die Staatsstätigkeit: Er folgt der verbreiteten Annahme eines Bremseffekts (S. 363). Es gebe keinen „Robin-Hood-Effekt“ etwa zugunsten von Umverteilung, dafür den kurzfristiger Konfliktregulierung („Ventil“). Vatters würdigt die Policy-Stabilität und zugleich Innovationsfähigkeit: Trotz hoher Kosten erzeuge die direkte Demokratie eine bessere Informiertheit und eine höhere Lebenszufriedenheit der Bürger als rein repräsentative Demokratien (S. 377).

Rigide ist für Vatter (in Anlehnung an Arend Lijphart) die Verfassung mit Blick auf Revisionen. Das erscheint angesichts der vielen Revisionen paradox – die Hürde der doppelten Zustimmung von Volk und Ständen ist in der Schweiz, die Vertrauen in ihre Zukunft besitzt, oft übersprungen worden. Im Kapitel zum Föderalismus unterstreicht er (basierend auf Veröffentlichungen) die Relevanz interkantonalen Vereinbarungen, da sie Finanzen und Kultur betreffen. In Streitsachen ist das Bundesgericht zuständig, das – wie viele oberste Gerichte – unter steigender Arbeitsbelastung leide (S. 482). Bundesgerichtliche Entscheide wurden bis in die 1990er Jahre nur zu zehn Prozent (!) amtlich veröffentlicht. Dennoch ist in den letzten Jahren eine Zunahme politikgestaltender Urteile zu vernehmen, etwa zum Einbürgerungsverfahren (S. 502).

Um Vatters Compendium, durch mehrere Register und Verzeichnisse leicht zu erschließen, kommt die an der Schweiz interessierte Welt nicht herum. Wer indes Gründe für manche knorrige eidgenössische Entscheidung sucht, möge die Axt im Hause Wilhelm Tells nicht vergessen – am Rütli gilt: Selbst ist das Volk.

*Chemnitz*

*Sebastian Liebold*

### Europa-Begriff im Wandel

*Bredelbach, Patrick:* Das richtige Europa schaffen. Europa als Konkurrenzthema zwischen Sozial- und Christdemokraten. Deutschland und Italien von 1945 bis 1963 im Vergleich, 423 S., V&R unipress, Göttingen 2013.

Die Euro- und Finanzkrise scheint es offensichtlich an den Tag gebracht zu haben: In ihrem Windschatten hat in der öffentlichen Wahrnehmung die Integrationsdynamik der Europäischen Union einen merklichen Dämpfer erfahren, da sie von einem komplexen Konglomerat von Krisenphänomenen heimgesucht wird beziehungsweise diese zum Teil selbst generiert hat: Legitimationskrise (Bürgerpartizipation), Identitätskrise, Erweiterungskrise (territoriale Encadrierung), Föderationskrise (Supranationalität vs. Nationalstaatlichkeit). Eine unterstellte Logik eines naturwüchsigen Fortschreitens zu immer dichterem Integration und Verflechtung, die seit Maastricht zur offiziellen Doktrin geronnen zu sein schien, hat ihre regulative Kraft einer whiggistisch kontaminierten ‚Meistererzählung‘ eingebüßt. Die

Pragmatik des gegenwärtigen Problemlösungssystems hat die normative Konstitutionsfrage in den Hintergrund gerückt. Von daher mag die Evidenz einer Rückbesinnung auf die Ursprünge der europäischen Einigung ihre Kraft beziehen.

Nach der Überzeugung Patrick Bredebachs ist die Frage nach einer europäischen Identität „stets aktuell“ (S. 11). In einer Synthese von Politik- und Ideengeschichte untersucht er die „Umsetzung der verschiedenen Europabegriffe im politischen Tagesgeschäft“ (S. 12). Ihn interessiert weniger die tatsächlichen Motive der Europapolitiker oder ihr konkretes Abstimmungsverhalten; sondern ihm geht es vorranglich um die „Wandlungen in Perzeption, Konstruktion und Behandlung“ des Europabegriffs in den deutschen und italienischen christ- und sozialdemokratischen Parteien zwischen 1945 und 1963 (ebd.). Dabei liegen die Schwerpunkte, neben der unmittelbaren Nachkriegszeit, auf den Jahren 1950/51, 1956/57 und 1962/63. Das Jahr 1963 markiert in der alten Bundesrepublik das Ende der Adenauer-Ära, in Italien das Jahr 1964 die Bildung einer *centro-sinistra*-Regierung (erstmalige Beteiligung der Sozialisten an einer italienischen Regierung). Neben Partei- und Nachlassarchivalien waren es vor allem Parlamentsreden, auf die der analytische Blick des Autors gerichtet ist. Rezeption und Wirkung werden demgegenüber vernachlässigt. „Der Diskurs (nämlich die Konkurrenzsituation über einen ‚chimärenhaften Begriff‘ Europa) und der Vergleich zwischen den beiden Diskursen im nationalen Kontext stehen im Mittelpunkt“ (S. 24).

Maßstab für die Einzelanalyse sind die jeweiligen Diskussionen auf innerparteilicher, nationaler und internationaler Ebene. Vorweggenommen, kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass erstens die Europapolitik in den untersuchten Parteien eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat und dass zweitens das Europabild, das „gewollte und das aktuelle“, entsprechend der sich veränderten Konfliktlinien sich jeweils anpassen und redefiniert werden musste (S. 25). Schon damals wurde rasch erkannt, dass das europäische Projekt eine Asymmetrie enthielt zwischen dem Ruf nach mehr Verlagerung von nationalen Rechten auf die europäische Ebene einerseits, und der Tatsache eines offenkundigen Demokratiedefizits andererseits (S. 26).

Während in Italien nach 1945 das Thema Europa ein wichtiges Debattenfeld war, war die europapolitische Auseinandersetzung im westlichen Deutschland von eher marginalisierter Form. Standen für die deutschen Sozialdemokraten

die Formeln „antitotalitär“, „demokratisch“ und „sozialistisch“ für ein neues Europa, betonten die Christdemokraten eher die naturrechtliche Komponente im Kleide eines entschiedenen Antimaterialismus und –säkularismus, wobei die einigende Klammer ein dezidiertes Antikommunismus bildete (S. 114ff.). Ähnlich auch die italienische Diskussion in der DC: „Europa wurde zum Schutzwall gegen den Kommunismus.“ (S. 120). Eine Besonderheit der italienischen Debatte bildete der Regress auf die Erfahrungen der nationalen Einigung im 19. Jahrhundert (S. 121). Für die Sozialisten diente die europäische Einigung vorranglich dem Kampf für die Arbeiterklasse. Die einzelnen Konfliktlinien änderten freilich nichts an der Tatsache, dass der Europabegriff grundsätzlich positiv besetzt war (S. 127).

In den 1950er Jahren war es in Italien interessanterweise die Linke, die stärker auf die Karte der Wahrung nationaler Souveränitätsrechte setzte als De Gasparis Christdemokraten; für diese war die Verzahnung von Europäismus und Atlantismus eine *conditio sine qua non*. In Italien stieg über die Parteien hinweg die Akzeptanz der NATO; was parallel dazu die Forderung nach einem Europa als „dritte Kraft“ reduzierte (S. 201f.). Dabei setzte vor allem die Linke auf ein Europa als „Korrektiv innerhalb des Bündnisses“ (S. 202). Ein merklicher Antagonismus in außen- und europapolitischer Hinsicht war auch in der frühen Bundesrepublik zu beobachten. Die entscheidende Frage war hier, inwieweit die deutsche Frage durch europapolitische Integrations Schritte profitieren würde (S. 203f.). Hier argumentierte die SPD „nationaler“ als die durch Adenauer nach Westen eingeschworene Union. Es war ja schließlich die ‚Urangst‘ des Kanzlers, die USA könnten sich aus Europa zurückziehen und Deutschland schutzlos dem ‚Osten‘ ausgeliefert sein (S. 205).

In der Zeit nach dem Ungarnaufstand beziehungsweise der Suezkrise schliff sich schlagartig die Anrufung vormals hochideologischer Begrifflichkeiten und Wertorientierungen ab. Begriffe wie ‚Abendland‘ kamen zum Beispiel in Adenauers Reden kaum noch vor (S. 286, 221). Dasselbe galt auch für Bezeichnungen wie ‚totalitär‘ und ‚sozialistisch‘. Es wurde immer deutlicher, dass sich die Europadebatten versachlichten, ja geradezu technokratisch („Entideologisierung“, S. 291) wurden und dass nur ein integriertes Europa für technischen Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand die Voraussetzung bildete. Speziell für die deutsche Situation lässt sich eine Trennung von Verteidigungs- und Europapolitik

feststellen. So war es möglich, dass die Römischen Verträge reibungslos von beiden großen Parteien gebilligt und somit die hochemotionalisierten Remilitarisierungsdebatten aus dem europäischen Integrationsprozess ferngehalten werden konnten (S. 293). Ein besonderer Reiz stellen die offenkundigen Dissonanzen zwischen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard dar. Erhard meldete ordnungspolitische Bedenken an und befürchtete einen wirtschaftspolitischen Dirigismus, während Adenauer „politischer“ dachte und um des großen Zieles willen darüber hinwegging (z. B. im Rahmen der Montanmitbestimmung 1951/52). Dieser Dissens um die Ausgestaltung eines integrierten Europas zeigte sich auch in der Auseinandersetzung um den britischen Beitritt Anfang der 1960er Jahre und die Rolle Charles de Gaulles dabei. Hier plädierte Erhard selbstbewusst für die Schaffung größerer Wirtschaftsräume und daher für den Beitritt Großbritanniens in die EWG (vgl. S. 320f.). Die Anhänger der ‚gaullistischen‘ Lösung innerhalb der Union argumentierten, dass die Erhard’sche Stoßrichtung ökonomistisch auf eine reine Freihandelszone aus war, „die die eigentliche Idee der EWG tötet“ (S. 321).

In den Jahren nach der Institutionierung der EWG war in beiden Ländern eine Art Grundkonsens um die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Integration eingetreten. Lediglich der linke Flügel der PSI erblickte im Gemeinsamen Markt einen Hort des Kapitalismus mit amerikanischer Penetration (S. 376). ‚Europa‘ wurde nicht länger im Sinne einer überformten ‚Schicksalsgemeinschaft‘ begriffen, sondern als Vehikel zu einer Modernisierung der Wirtschaft und einer Wohlstandserzeugenden Einheit (S. 378). Die SPD zum Beispiel sah den europäischen Integrationsprozess unabdingbar eingebettet in die transatlantische Gemeinschaft; damit einher ging eine kritische Einstellung gegenüber de Gaulles Restriktionspolitik gegenüber Großbritannien (S. 361).

Abschließend stellt der Autor fest, „dass mit zunehmender Etablierung der europäischen Institutionen die Notwendigkeit der europäischen

Integration immer weniger angesprochen und somit ihre Wertefundierung seltener thematisiert wurde“ (S. 392). Der Pragmatismus überholte beziehungsweise minimierte den ideologischen ‚Überbau‘ – spätestens dann, als sich die Mitgliedsländer der EWG und ihre Repräsentanten sich in den Fallstricken, sprich: im Kleingedruckten der Agrarpolitik verhedderten und jedes im Grunde nur seine eigene Klientel zu bedienen und zu schützen suchte.

Patrick Bredebach hat bereits zu Beginn seiner Studie klar zum Ausdruck gebracht, dass er hier nur eine Beschreibung des gesprochenen (und damit auch gedruckten) Wortes der Parteien und wichtiger Politiker und folglich die „entscheidenden Momente“ der politischen Diskussion nicht erfasst habe, da diese, Amintore Fanfani zitierend, „beim Abendessen besprochen worden seien“ (S. 24). Insoweit ist der Autor dem Leitbild des Internationalen Graduiertenkollegs „Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert“ verhaftet, in dessen Schriftenreihe das Manuskript aufgenommen worden ist, und insoweit teilt er auch dessen Paradigma der Hervorhebung der Grundmodalität des Sichtbaren (in den Formen von Performanz, Repräsentanz, Inszenierung, Rhetorik u. a.). In diesem Zusammenhang mag die Frage erlaubt sein, ob es über die Präsentation der temporär bestimmten Begriffsverschiebungen und -wandlungen dessen, was in dieser parteipolitischen Konkurrenzsituation jeweils unter ‚Europa‘ oder ‚europäischer Identität‘ verstanden worden ist, nicht auch determiniert ist durch die jeweils unterschiedlichen Intentionenphasen und den dahinter stehenden, sich den jeweiligen veränderten Konstellationen als anpassungsfähig zeigenden Interessenskonfigurationen. Im Rahmen der ersten akademischen Qualifikationsarbeit ist es sicherlich notwendig, einer bestimmten Erkenntnismaxime zu folgen. Solange man allerdings das Teil nicht für das Ganze hält, ist ein solches aspektbezogenes Unternehmen legitim.

Heidelberg

Arno Mohr